

Der Courier  
Die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.  
Erscheint jeden Mittwoch.  
Preis: \$2.50  
für Kanada  
\$8.50  
für Ausland  
Im voraus bezahlt.  
Canada \$2.00

# Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier.

"The Courier"  
is the leading Canadian Paper  
in the German language  
Issued every Wednesday  
Subscription price:—  
In Canada \$2.50  
to foreign countries \$8.50  
If paid in advance.  
Canada \$2.00  
1835 Halifax Street, Regina.

24. Jahrgang. 14 Seiten Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 18. März 1931. 14 Seiten Nummer 20.

## Eröffnung des canadischen Parlaments in Ottawa

### Sowjets drohen mit Vergeltung

Die Drohung soll sich hauptsächlich gegen die Ver. Staaten und Canada richten

Moskau. — Vergeltungsmaßnahmen, die durch Verschärfung des hier tagenden letzten Allrussischen Sowjetkongresses gebilligt wurden und augenscheinlich gegen die Einfuhr aus den Ver. Staaten nach Sowjet-Russland gerichtet sind, haben in politischen und diplomatischen Kreisen zu vielen Mutmaßungen Anlaß gegeben. Der Grund herrscht vor, daß die Sowjetregierung nach den Ver. Staaten und Canada, bemitleidet ist, ihre industriellen Leistungen von Amerika nach anderen Ländern, besonders nach Deutschland und England, zu verlegen.

Bei der Verschärfung der Vergeltungsmaßnahmen ist zwar kein Land ausdrücklich erwähnt, doch allgemein wird angenommen, daß sie auf die Ver. Staaten und Canada abzielt. Die Einführung der Beschränkung, die die Regierung sich vorgenommen hat, wird als eine Art Vergeltung für die Einfuhr aus Ländern, die infolge des Anstiegs der Weltmarktpreise, die durch Verschärfung des hier tagenden letzten Allrussischen Sowjetkongresses gebilligt wurden, den Ver. Staaten und Canada, bemitleidet ist, ihre industriellen Leistungen von Amerika nach anderen Ländern, besonders nach Deutschland und England, zu verlegen.

### Canada soll akute Krise in allgemeiner Weltnot erspart geblieben sein

Behauptet Rt. Hon. Lyman P. Duff in Thronrede vor den Volksvertretern

Zum ersten Male fungierte ein Canadier als Vertreter Seiner Majestät des Königs bei Parlamentsöffnung

Ottawa. — Mit dem bei solchen Gelegenheiten üblichen Prunk wurde das canadische Parlament, Unterhaus wie Senat, am 12. März eröffnet. Zum ersten Male in der Geschichte Canadas vertrat ein Canadier Seine Majestät den König bei der Parlamentsöffnung. Es war nämlich der stellvertretende Oberichter des Obersten Gerichtshofes Canadas, Rt. Hon. Lyman P. Duff, der die Thronrede verlas. Sie ist folgenden Inhalts:

„Ich begrüße Sie zu einer Zeit, da die Völker der Welt eine Periode starker wirtschaftlicher Depression durchzumachen haben. Canada ist dieser Depression nicht entgangen. Aber die canadische Bevölkerung hat die Prüfungen mit Geduld und Tapferkeit ertragen und nicht mit Mut und Vertrauen, die über jede Schwerezeit triumphieren müssen, in die Zukunft. In Zeiten des Wohlstandes waren die Canadier geübt, Unterthanen der canadischen Krone. Unter widrigen Verhältnissen ist diese Einigkeit noch tiefer geworden durch den gemeinsamen Kampf und das gegenseitige Verständnis, welches das sichere Bollwerk der nationalen Wohlfahrt und des nationalen Glückes ist.“

„Diese Eigenschaften des Canadiertums sind nationale Werte von hoher Bedeutung, zu deren Besitz ich Sie aus tiefstem Herzen beglückwünsche.“

„Sie werden über gewisse Maßnahmen zur Besserung der bestehenden Verhältnisse zu beraten haben, um so Mittel und Wege zu schaffen, durch die unter Volk einen bisher noch nie dagewesenen Wohlstand erreichen kann, und um es nach besserer Möglichkeit dagegen zu schützen, daß es wiederum wie gegenwärtig den Beliebigkeiten unterliegt.“

„Die Aufgabe, die in dieser Periode der Weltnotlage die nützliche akute Krise, die viele andere Nationen ertragen müssen, Canada erspart geblieben ist, wird Sie nicht blind machen der anderen Wahrheit gegenüber, daß von allen denen, welchen die Wohlfahrt der Nation anvertraut ist, zwischen dem Zustand des Landes, wie er ist und wie er sein soll, ein Abgrund überbrückt werden muß.“

„Mannigfaltig und groß sind die Probleme, welche zwischen uns und dem wirklichen Gedulichen stehen. Um sie zu lösen zu können, muß man sie erkennen. Bewusstheit von Ursache und Wirkung verspart nur die Lösung. Die Regierung hat die Pflichten der Schwerezeit geprüft und ist der festen Überzeugung, daß viele unserer Probleme nicht aus der Zeit der ganzen Welt herrschenden Depression erwachsen, sondern daß ihre Anfänge weiter zurückdatieren und daß im Lande selbst begründete Ursachen auch weitgehend zu den wirtschaftlichen Notlagen beigetragen haben, unter der es leidet.“

„Die Überzeugung bewog die Minister bei der im September vorigen Jahres abgehaltenen Parlaments-Sitzung, eine der Wurzeln der Schwäche unseres Industrielebens durch Einführung damals möglicher Zolltarifänderungen, die ihrer Meinung nach große Sicherheit gegen eine schädliche Weltkonjunktur gewähren sollten, zu bewerkstelligen.“

(Fortsetzung auf Seite 4)

### Reichsminister fordert Rüstungsgleichheit

Wilhelm Gröner schildert die Schlagfertigkeit des franz. Heeres und betont Deutschlands Recht auf Sicherheit

Berlin. — Reichswehrminister Wilhelm Gröner sagte vor dem Finanzausschuß des Reichstages, Frankreich hätte noch nicht einmal den Anfang zur Abrüstung gemacht und im Gegenteil durch die neue Art seiner Heeresorganisation das stärkste und am leichtesten zu mobilisierende Kriegsinstrument in der ganzen Welt geschaffen.

„Wir haben in einem Umfang abgerüstet, wie folches die Welt noch nicht erlebt“, erklärte er. „Zudem ist an die Neuerungen des französischen Kriegsministers Andre Magot erinnert, daß noch eine stärkere Kontrolle der Bewaffnung der zur Angriff geneigten Völker eingeführt werden sollte, erklärte er, daß dies, soweit Deutschland in Frage kommt, ohne Sinn wäre, da der Verfall des Vertrags, der die Teile von Deutschlands Kriegsschuld aufwies, solange durch die internationale Geschäftsförderung als haltlos verurteilt worden sei.“

„Wir haben keinen Grund uns vor einer wirklich unparteiisch aufgebauten internationalen Kontrollbehörde zu fürchten, wie sie die deutsche Regierung von jeher gefordert hat.“ fügte er hinzu.

„Deutschland fordert allgemeine Abrüstung.“

„Mit Bezug auf den Zweck der Entwaffnung Deutschlands sagte Gröner: „Gemäß dem Versailles Vertrag sollte Deutschlands Entwaffnung den Auftakt für eine allgemeine Abrüstung aller Nationen bilden. Deutschland hat diesen Teil erfüllt. Wir haben das Recht zu fordern, daß die Ungleichheit der Bewaffnung Deutschlands durch entsprechende Maßnahmen der anderen Völker ausgeglichen wird. Wir haben das Recht auf ein gleiches Maß von Sicherheit, wie es andere Völker für sich fordern. Wir geben unserer Forderung auf allgemeine Abrüstung im Interesse des Friedens und des Wiederaufbaues von Europa Ausdruck.“

Gröner widerlegte dann Punkt für Punkt die Behauptung Magots, daß Frankreich heute weniger Leute unter Waffen habe als im Jahre 1913. „Wir können nicht angeben, daß irgend eine Veränderung im Aufbau des französischen Heeres eingetreten ist, die man als Abrüstung ansehen könnte“, sagte er. „Frankreich hat nur regelmäßige Verbesserungen vorgenommen, wobei es keine Kriegserfahrungen und die allgemein schnelle Entwicklung der Kriegstechnik zunahme machte, wodurch nicht nur nicht eine Verärgerung, sondern ganz im Gegenteil eine ganz gewaltige Erhöhung der Schlagfertigkeit des französischen Heeres bewirkt wurde.“

„Der Wert des Heeres ist nicht nur durch die Länge der Dienstzeit bedingt, sondern auch durch die Wirksamkeit der Ausbildung, den Umfang ausgebildeter Reservemanneschaften und durch die Qualität des Materials. Alles dies besitzt Frankreich in vollkommener Weise. Zur Zeit besteht nur einjährige Dienstpflicht gegen die frühere zweijährige und einen Aktiv-Armeebestand von 640.000 im Jahre 1912. Dennoch ist die Gesamtwehrrücklage Frankreichs noch ebenso groß wie damals nämlich rund 643.000 Mann.“

Der Reichswehrminister sagte, 230.000 Soldaten über die vorgeschriebene Zeit unter Waffen gehalten wurden und 30.000 Zivilisten dazu dienten, Soldaten von Schrotarbeit zu befreien, ferner auch die Jugend in einem Umfang zum Militärdienst vorgeschult wird, was früher unbekannt war.

Er sagte: „Sprachen Tausende von Tanks und Zehntausende von Maschinengewehren für eine Abrüstung? Außerdem hat Frankreich große Mengen kriegsgereifter Soldaten und ferner sind Frankreichs Militärausgaben ständig gewachsen.“

### Stürmische Begeisterung für Gandhi

Hunderttausend Inder bereiteten ihm in Ahmadabad einen glänzenden Empfang

Ahmadabad, Indien. — Hunderttausend Inder bereiteten ihm wie einen Gott verehrenden Hindus umdrängt, die sich übereinander stürzten, um den Saum seiner Gewänder zu berühren. Das Gedränge war so schlimm, daß der alte Mann wahrscheinlich schwer verletzt worden wäre, wenn die ihm nahestehenden nicht einen Teil in die Menge getrieben und ihm eine Gasse zur Rednertribüne geöffnet hätten.

„Wenn Ihr mich liebt, trampelt nicht auf mich,“ rief er wiederholt, aber niemand hörte ihn in dem dröhnenden Stimmengewirr, und sogar, als er schon auf dem Podium stand, vernahm selbst die aufgestellten Lautsprecher keine schwache Stimme mehr über den Lärm des gewaltigen Menschenmehrs vernünftig zu machen.“

Zehntausende von weingefärbten Männern, Frauen und Kindern lagen in angespannter Streberei des Sabarnati und hatten bewundernd den Kreis an, welcher Gandhi der Freiheit näher gebracht hat als je zuvor. Sie machten sich nichts daraus, daß sie ihn nicht hörten, sie waren gekommen, um ihn zu sehen. Als er mit seiner Rede fertig war, gab es ein zweites großes Getöse, bevor er hindurchzukommen vermochte. Als er endlich aus der Menge aufstapelte, hingen ihm die Kleider in Fetzen vom Leibe.“

Er hatte gesagt, daß er nicht zu der kommenden zweiten Indienkonferenz hinzugezogen werden würde, falls der demnach in Karachi abgehaltene Allindienkongress sein Abkommen mit Lord Irwin nicht gutheißen sollte.

Der Zeitungsleuten erklärte er auf Betragen, daß er seine Unterhandlungen mit dem Vizekönig nicht als Einzelperson, sondern als Vertreter und Mitglied des Allindienkongresses empfing habe.

### Um den neuen deutschen Panzerkreuzer

Berlin. — Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat die erste Jahresrate von 11 Millionen Mark für den Bau des Panzerkreuzers P, eines der vier 10.000-Tonnen-Kreuzer, deren Bau Deutschland nach dem Versailles Vertrag gestattet ist, bewilligt. Gegen die Bewilligung stimmten die Kommunisten, während sich die Sozialisten im Ausmaß der Stimmabgabe enthielten. Am Plenum des Reichstages dürfte die Angelegenheit auf heftige Expedition führen, und die Gutheißung der Bewilligung in der Schlussabhandlung ist durchaus noch nicht sicher.

Der Kreuzer „P“, besser bekannt als „Erfolg Kreuzer“, der erste dieser Schiffskategorie von „Schlachtkraftschiffen in Westentaschenform“, geht auf der Werft der Kaiserlichen Werft in Danzig unter dem Namen „P“ in Auftrag und soll im Sommer des Jahres V. Stapel gelassen werden.

Der Steueransatz des Reichstages ist nach dem die Zulage von 20.000 Mark verdoppelt werden soll. Die Sozialisten hatten ihre Zustimmung zu der Bewilligung der ersten Jahresrate von 11.000.000 Mark für den Bau des Panzerkreuzers P von der Annahme des Jahresantrags abhängig gemacht und ründermaßen erklärt, falls der Kreuzer überhaupt gebaut werden sollte, so seien die Kosten von den Reichen des Landes und nicht von den Armen aufzubringen. Nach dem Antrag wird die Zulage zur Zulage von 20.000 Mark und mehr von 5 auf 10 Prozent erhöht.

### Leichter Rückgang der deutschen Arbeitslosigkeit

Berlin. — Der erste Monatsbericht seit Eintritt der arge Wirtschaft in Deutschland, und in einer offiziellen Statistik auf, wo es ersehen ließ, daß am 28. Februar im Deutschen Reich 19.000 Erwerbslose weniger zu finden waren als vierzehn Tage vorher.

Ende Februar waren aber immer noch 4.972.000 Personen in Deutschland arbeitslos.

### Große Sowjetaufträge für deutsche Industrie?

Deutsche Fabrikanten kehren mit dieser Nachricht aus Rußland nach Berlin zurück

Berlin. — Die Möglichkeit eines Neuauftrags der deutschen Industrie unter dem Vorzeichen großer Aufträge aus Sowjet-Rußland wurde nach der Rückkehr einer Gruppe deutscher Industrieller aus der Sowjetrepublik in politischen und finanziellen Kreisen eifrig besprochen.

Die Abendblätter veröffentlichten Berichte, laut denen die Sowjetregierung den deutschen Stahl- und Maschinenindustrie bereits Aufträge im Gesamtwert von 300 Millionen Mark erteilt haben soll, vorausgesetzt, daß sich nach Zahlung von 20 Prozent durch Rußland für den Auftragsbetrag langfristige Kredite arrangieren lassen. Die Berichte entbehren zwar noch der offiziellen Bestätigung, immerhin regierte auf die Nachricht hin die Börse stark, und die Aktien der Schwerindustrie stiegen durchweg mehrere Punkte an.

Nachdem die Delegation unter Führung des westbaltischen Industriellen Peter Wöhrer nach Berlin zurückgekehrt war, sprach sie im Laufe des Tages bei Reichskanzler Heinrich Brüning vor, um dann später mit dem Vizepräsidenten des Auswärtigen Amtes, des Reichsministeriums und dem Reichsstatistikpräsidenten zu konferieren. Mit dem Reichsaussenminister Dr. Curtius nahmen die Herren das Gabelröhrchen ein.

Ergebnis der Gruppe keine offizielle Erklärung abgegeben wurde, nahmen einzelne Mitglieder derselben keinen Anstand, sich über die Möglichkeit der Erlangung des russischen Geschäfts äußerst optimistisch auszulassen. Rußland bedürfte Maschinen und anderer Instrumente der Produktion in Mengen, wurde erklärt.

Die Gewährung von langfristigen Krediten, wurde hinzugefügt, werde in erster Linie von der Ausdehnung des deutschen Anteils am Wiederaufbau Rußlands abhängen. Schon zu bedauern sei, daß die deutsche Bankwelt an der Studie nicht mitteilgenommen habe.

Da und dort wurde der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß die deutsche Regierung eventuell bereit sein dürfte, das Geschäft mit Rußland finanziell zu helfen, umso mehr, als Reichsfinanzminister Dietrich neulich die Verwendung der Erwerbslosenunterstützung zur Subventionierung gewisser Industrien auf seiner Stuttgarter Rede angedeutet hat.

„3 fundamentale Zivilisationen“

Italienischer Deputierte gegen Zurücksetzung Deutschlands

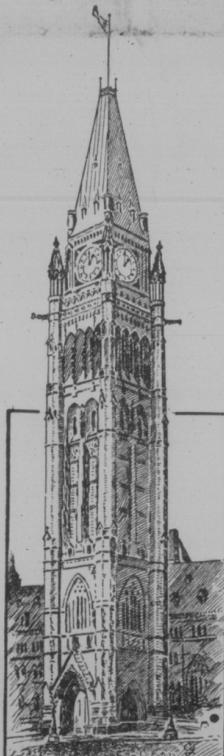
Rom. — Der Abgeordnete Gaetano Polverelli forderte bei der Einreichung des Budgets für 1931 in der italienischen Deputiertenkammer die Auflösung aller Waffenbündnisse in Europa.

„Europa hat drei fundamentale Zivilisationen“, erklärte Polverelli, „die französische, die italienische und die deutsche.“ Alle drei haben das Recht, auf der Grundlage moralischer Gleichberechtigung neben einander zu bestehen. Sie in Einklang zu bringen, ist eine höchst verdienstvolle Aufgabe.“

Der Redner hob Italiens Anteil an dem Zustandekommen des kirchlich geschlossenen „Völkervertrages“ mit Frankreich und England hervor und betonte die Wichtigkeit der Vereinigung aller nationalen Interessen für die Festigung des Friedens.

„Es würde ein Fehler sein, jemandem auszusprechen“, sagte der Deputierte. „Zwei gegen einen Dritten zu vereinigen, würde einen Vorteil gegen die Interessen des Friedens bedeuten. Die trafen Bedingungen einiger Verträge, die Laoten von Kriegsfähigkeiten und Kriegsrisiken, die Aufteilung Europas in bewaffnete und entwaffnete Nationen und die Wiederaufrichtung von Militärbündnissen hat Europa schon lange in einem Gefühl von Unsicherheit gehalten.“

„Es verbleibt tiefe Unruhe und es muß noch viel getan werden, um eine Wiederauflösung der Völker dieses Erdteiles zu erwirken.“



Der Friedenssturm in Ottawa.